



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Polizei gegen Rassismus und Rechtsextremismus stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt sowohl die von der Innenministerin des Landes Schleswig-Holstein angekündigte Untersuchung zum Werteverständnis und zur Grundhaltung innerhalb der Landespolizei als auch eine bundesweite gesamtgesellschaftliche, wissenschaftliche Untersuchung zu möglichen extremistischen und rassistischen Einstellungen auch innerhalb öffentlicher Institutionen. Der Landtag unterstützt alle Bemühungen der Landesregierung, proaktiv das Erstarken sämtlicher Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung im Rahmen des schleswig-holsteinischen Aktionsplanes gegen Rassismus auch den Arbeitsalltag, das Werteverständnis sowie die Widerstandsfähigkeit der Polizei gegen menschenverachtende Verhaltensweise zu untersuchen.

Polizeikräfte in der Ausbildung und im Vollzugsdienst sind gesellschaftliche Vorbilder, genießen höchsten Respekt und sind zugleich als Inhaber des staatlichen Gewaltmonopols mit sehr umfangreichen Befugnissen ausgestattet. Die Polizei leistet bereits jetzt sehr gute Arbeit und genießt hohes Vertrauen. Aus diesen Gründen ist es erforderlich, die Integrität dieses Amtes zu schützen.

Der Landtag bittet die Landesregierung zu prüfen, ob und an welchen Stellen die Einstellungsverfahren, die Aus- und Fortbildung sowie die Organisations- und Führungskultur entsprechend gestärkt werden können. Dabei muss im Vordergrund stehen, dass rassistische und andere menschenfeindliche Einstellungen im Staatsdienst grundsätzlich konsequent verhindert werden müssen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn politische Bildung als ein fester Bestandteil in Aus- und Fortbildungen verankert wird.

Begründung:

In der Öffentlichkeit werden Medienberichte über strukturelle Missstände im Bereich Rassismus bzw. Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern diskutiert. Der am 06.10.2020 veröffentlichte Lagebericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz „Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden“ stellt hingegen fest, dass derartige strukturelle Defizite in Schleswig-Holstein nicht zu belegen sind. Diese Feststellung wird zudem durch den 1. Tätigkeitsbericht der Polizeibeauftragten des Landes Schleswig-Holstein gestützt.

Rassismus und Rechtsextremismus sind durch die mediale Berichterstattung besonders in den Vordergrund gerückt, wobei diese Bereiche wiederum nur einen Teilbereich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit darstellen. Das Ziel sollte sein, sämtliche menschenfeindliche Einstellungen in der Landespolizei und in den öffentlichen Institutionen zu verhindern. Das darf nicht davon befreien, dass Missstände aufgedeckt werden und ein Transfer in die Polizeiarbeit erfolgen muss.

Die Sachlage macht es erforderlich, gesellschaftswirksam auf die Rolle und Bedeutung aller Einsatzkräfte aufmerksam zu machen und gleichzeitig Rolle und Selbstverständnis nach innen kritisch zu begleiten und wo notwendig zu stärken.

Tim Brockmann
und Fraktion

Aminata Touré
und Fraktion

Jörg Hansen
und Fraktion